

Widerstand gegen Privatisierung, Sozialabbau und Krieg

Wahlprogramm der SAV Bremen
zur Bürgerschaftswahl 2003



SAV Sozialistische
Alternative

Preis: 1,- Euro

Inhalt

• Wer ist die SAV Bremen?	2
• Nein zu Krieg und globalem Kapitalismus	3
• Arbeit und Einkommen für alle!	5
• Stoppt den Verkauf öffentlichen Eigentums	7
• Preiswerter Wohnraum für alle!	9
• Bildung ist keine Ware...	9
• Rassismus und Faschismus bekämpfen!	12
• Nulltarif im öffentlichen Nahverkehr	13
• Wer soll das bezahlen?	14
• Was bringen Wahlen?	15
• Neue Arbeiterpartei aufbauen!	16
• Eine sozialistische Welt ist nötig	17
• Unsere Kandidaten und Kandidatinnen	19

Regelmäßige Treffen der SAV Bremen:
jeden Mittwoch um 19Uhr in der Friesenstr. 110

Kontakt:

Tel.: 0421/5576897

e-mail: bremen@sav-online.de

www.sozialismus.info/bremen

Impressum/Herausgeber:

Wählerinitiative SAV - Sozialistische Alternative

c/o Littenstr. 106/107, 10179 Berlin

Tel.: 0421/5576897, e-mail: bremen@sav-online.de

Eigendruck im Selbstverlag, ViSdP: J. Fertsch, Bremen

Wer ist die SAV Bremen?

In Bremen wird überall gekürzt. Bei den Jugendfreizeitheimen werden Stellen abgebaut, die Schulgebäude sind marode, öffentliche Einrichtungen werden privatisiert, gleichzeitig leistet sich die Stadt teure Prestigeobjekte wie den Space-Park oder das Pleite-Musical. ArbeitnehmerInnen und Jugendliche sollen den Gürtel enger schnallen, damit Unternehmer und Banken bessere Profitaussichten haben. Mit dieser Politik muss endlich Schluss sein! Um das zu erreichen, ist massive Gegenwehr auf der Straße und in den Betrieben erforderlich. Die SAV Bremen organisiert Proteste gegen Sozialabbau, Rassismus und Krieg.

Mitglieder der SAV haben in Schulen und Betrieben Anti-Kriegs-Komitees aufgebaut, um die Bewegung gegen den Irak-Krieg auf eine breitere Basis zu stellen. Wir beteiligen uns an gewerkschaftlichen Protesten und unterstützen das „Netzwerk für eine kämpferische und demokratische ver.di“. Die SAV Bremen hat zusammen mit anderen Gruppen im Dezember 2002 bereits zum dritten mal den Bremenweiten „Jugendstreiktag“ gegen Kürzungen im Jugend- und Bildungsbereich organisiert. Gemeinsam mit den NutzerInnen haben wir uns erfolgreich für den Erhalt des Freizeitheims „Frieze“ eingesetzt.

Wir vertreten konsequent die Interessen der ArbeitnehmerInnen und Jugendlichen – gegen Sozialabbau und Privatisierungen. Als Abgeordnete würden wir von einem durchschnittlichen Arbeiterlohn leben und den Rest



der überzogenen Diäten an die SAV, Arbeitskämpfe und soziale Bewegungen spenden.

Die SAV ist bundesweit und international organisiert. Wir sind Mitglied im Komitee für eine Arbeiterinternationale (Englisch kurz: CWI) mit Gruppen und Organisationen in über 35 Ländern auf allen Kontinenten.

Aktiv gegen Sexismus - wie hier gegen die Werbung der BILD-Zeitung

Nein zu Krieg und globalem Kapitalismus

Am 15. Februar 2003 haben schätzungsweise 30 Mio. Menschen auf der ganzen Welt gegen einen Krieg im Irak demonstriert. Eine Mehrheit der Bevölkerung lehnt einen Krieg ab, der ganz offensichtlich wegen der wirtschaftlichen und machstrategischen Interessen der amerikanischen Regierung und Ölkonzerne geführt wird.

Globaler Kapitalismus

Kriege begleiten die Geschichte des Kapitalismus. Im Jahr 2001 wurden auf der Welt 46 kriegerische Konflikte ausgetragen. Krieg ist die verschärfte Fortsetzung des kapitalistischen Konkurrenzkampfes. Unternehmen und die sie vertretenden Regierungen beherrschen diese Welt und beuten ihre menschlichen und natürlichen Ressourcen aus. Die Globalisierung von Unternehmensstrukturen, Handel, Produktion und Finanzgeschäften hat in den letzten Jahrzehnten zugenommen. Auch der Wettkampf um internationale Absatzmärkte, Rohstoffe, billige Arbeitskräfte und Macht verschärft sich. Internationale Institutionen wie der Internationale Währungsfonds (IWF), Weltbank und Welthandelsorganisation (WTO) werden durch die wirtschaftlich mächtigen Staaten dominiert und benutzt. Mit diesen Einrichtungen werden wirtschaftlich schwächere Länder gezwungen, ihre Märkte für die überlegene internationale Konkurrenz zu öffnen. Sie müssen ihren öffentlichen Sektor privatisieren und Sozialleistungen abbauen um multinationalen Konzernen beste Ausbeutungsbedingungen zu garantieren. Das ist der Zweck von IWF, Weltbank und WTO. Diese Institutionen können nicht „reformiert“ oder „demokratisiert“ werden, sie gehören abgeschafft. Wenn sich Länder diesem neoliberalen Diktat nicht beugen wollen oder wenn Konkurrenzkämpfe sich immer mehr verschärfen, dann wenden Staaten auch militärische Mittel an, um die Interessen ihrer Konzerne durchzusetzen.

Deutsche Waffen, deutsches Geld...

Dies gilt auch für die deutsche Regierung. Die rot-grüne Bundesregierung hat es geschafft, Deutschland wieder zu einem militärischen „Global Player“ zu machen. In den letzten vier Jahren stimmte der Bundestag 17 mal deutschen Militäreinsätzen zu. Gleichzeitig ist Deutschland aktiv am Aufbau einer EU-Armee beteiligt. Soldaten der Bundeswehr stehen und kämpfen unter andern in Afghanistan, Bosnien, am Horn von Afrika und in Kuwait. Diese Einsätze dienen nicht irgendwelchen humanitären Zwecken, sondern den wirtschaftlichen und strategischen Interessen der deutschen Kapitalisten.

Aktiv gegen den Krieg

Die Proteste gegen den Irak-Krieg haben gezeigt, wie sehr die Anti-Kriegs-Bewegung mit der Bewegung gegen kapitalistische Globalisierung verbunden ist. Die Anti-Kriegs-Bewegung ist eine internationale Bewegung. Die SAV und ihre Schwesterorganisationen des CWI sind international gegen den Krieg aktiv. Die breite Basis dieser Proteste muss in Anti-Kriegs-Komitees in Schulen, Betrieben und Universitäten organisiert werden. Mit Demonstrationen, Blockaden und Streiks in den Betrieben können Kriege gestoppt werden. Der Vietnamkrieg wurde auch dadurch beendet, dass Tausende Hafearbeiter in Italien und Australien sich weigerten, Schiffe abzufertigen, deren Fracht für den Vietnamkrieg bestimmt war. Die atomare Aufrüstung der Bundeswehr konnte auch deshalb verhindert werden, weil 1958 mehrere zehntausend ArbeiterInnen (vor allem in den norddeutschen Werften) in den Streik traten und die Mitglieder der ötv mit einem Generalstreik drohten.

Proteste gegen Krieg müssen auch den Kapitalismus angreifen, denn Kapitalismus bedeutet Krieg. Um Kriege zu verhindern und eine friedliche Welt zu erkämpfen, muss das Problem an der Wurzel gepackt werden.

Rüstung in Bremen

Bremens Wirtschaft ist in manchen Bereichen weltweit „Spitzenklasse“, so z.B. in der Rüstungsindustrie. Die Lürssen-Werft und Abeking & Rasmussen gehören zu den global führenden Produzenten von Kriegsschnellbooten, STN Atlas Elektronik und OHB Systeme sind unter anderem „top“ in der militärischen Satelliten-Aufklärung und Daimler-Chrysler gehört zu den 15 größten Waffenherstellern weltweit. Mit Krieg wird Geld verdient. Die Rüstungsindustrie kann gestoppt werden, wenn die arbeitende Bevölkerung die Betriebe kontrolliert und die Produktion auf zivile Güter umstellt.

- ★ Gemeinsamer internationaler Kampf gegen Sozialabbau und Privatisierungen
- ★ IWF, Weltbank und WTO abschaffen
- ★ Gegen Krieg, ob mit oder ohne UNO-Mandat
- ★ Nein zu Auslandseinsätzen der Bundeswehr
- ★ Gegen den Abbau demokratischer Rechte und die Diskriminierung von MigrantInnen
- ★ Stopp von Rüstungsexporten durch Überführung der Rüstungsindustrie in Gemeineigentum und Umstellung auf zivile Produktion

Arbeit und Einkommen für alle!

Im Januar 2003 kamen in Bremen nach offiziellen Angaben 43.719 Arbeitslose auf 3.791 beim Arbeitsamt gemeldete offene Stellen. Das entspricht einer Arbeitslosenquote von 13,5%. Nur in Ostdeutschland ist die Arbeitslosenquote mit durchschnittlich 19,5 % noch höher. Hierbei ist keine Besserung in Sicht. Zwei Beispiele: Die Stahlwerke Bremen bauen derzeit 1700 Arbeitsstellen ab; Ariospace hat im November 2002 die Streichung von 200 der insgesamt 1.200 Stellen angekündigt.

Der Grund für den Arbeitsplatzabbau durch die privaten und öffentlichen Arbeitgeber ist der Versuch, durch Rationalisierungen Geld zu sparen und die Wettbewerbsfähigkeit gegenüber anderen Unternehmen oder „Standorten“ zu erhöhen. Dies geht auf Kosten der ArbeitnehmerInnen. Sie sind entweder von der Arbeitslosigkeit betroffen, oder müssen sowohl die Arbeit der entlassenen KollegInnen miterledigen als auch mit ihren Sozialbeiträgen die Arbeitslosigkeit finanzieren.

Der Staat reagiert mit Sozialabbau und Entlassungen im öffentlichen Dienst.

In Bremen werden so mit dem PEP (Personal-Entwicklungs-Programm) jährlich 250 Vollzeit-Stellen eingespart. Die Situation auf dem Arbeitsmarkt verschärft sich. Die Gewinne der Unternehmen dagegen steigen durch den Personalabbau. Das ist die Logik der sogenannten „freien Marktwirtschaft“, des Kapitalismus.

Diesen Teufelskreis müssen wir durchbrechen!



- ★ Personalabbau stoppen, Kampf der Gewerkschaften und Beschäftigten um jeden Arbeitsplatz
- ★ Schluss mit Sparpaketen auf der einen und Steuergeschenken und Subventionen an Reiche und Unternehmen auf der anderen Seite!

Die Politiker servieren uns als Lösung des „Arbeitslosenproblems“ das Hartz-Konzept. Gefordert wird die Auflösung des Kündigungsschutzes und die Verschärfung der Zumutbarkeitsregelung bei Arbeitsplatzvermittlung. Das bedeutet Bekämpfung der Arbeitslosen statt der Arbeitslosigkeit.

Jedes Arbeitsamt muss sogenannte Personal-Service-Agenturen, d.h. Zeitarbeitsfirmen, einrichten in denen Arbeitslose an die Unternehmen vermietet werden.

Während über 4 Millionen Menschen ohne Job sind, müssen die, die noch Arbeit haben immer länger schuften. In Deutschland wurden 2001 1,7 Mrd. bezahlte und noch einmal so viele unbezahlte Überstunden geleistet. Das entspricht ca. 2 Millionen Arbeitsplätzen.

Die Arbeitszeit soll - z.B. durch Abschaffung der Ladenöffnungszeiten - immer weiter flexibilisiert werden. Die Verlängerung der Lebensarbeitszeit droht. Dieser Widerspruch ist nur durch die Verteilung der vorhandenen Arbeit auf Alle zu lösen.

- ★ Stoppt die Umsetzung der Hartz-Vorschläge!
- ★ Arbeitszeitverkürzung auf 30 Std. pro Woche bei vollem Lohn- und Personalausgleich als erster Schritt zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit

Für ein öffentliches Investitionsprogramm

In den Bremer Schulen regnet es mittlerweile nicht nur durch die Dächer, sie stürzen wie zuletzt am Gymnasium Horn sogar ein. In den Krankenhäusern herrscht der Pflegenotstand, Krankenschwestern und Ärzte klagen zunehmend über Arbeitsbelastung und Stress. Kindergartenplätze sind kaum zu bekommen. Offensichtlich fehlt es nicht an Arbeit, sondern an dem Geld diese zu bezahlen. Das ist kein unentrinnbares Schicksal, sondern politischer Wille. In den letzten Jahren wurden die Unternehmer durch einseitige Steuersenkungen massiv entlastet, z.B. wurde die Vermögenssteuer abgeschafft. Mit Lohn- und anderen Massensteuern wie der Mehrwertsteuer und der sogenannten Ökosteuer tragen die ArbeitnehmerInnen den Großteil des gesamten Steueraufkommens in Bremen.

Dazu kommt, dass mit dem Bremer Investitions-Sonder-Programm (ISP) Projekte finanziert werden, die einseitig den Unternehmern zu Gute kommen, während die Budgets im Jugend-, Kultur- und Sozialbereich als sogenannte „konsumtive Kosten“ radikal zusammengestrichen werden.

Wir müssen diese Umverteilung von unten nach oben stoppen! Wir erwirtschaften mit unserer Arbeit den Reichtum dieser Gesellschaft und tragen den Großteil der Steuerlast. Wir müssen dafür sorgen, dass dieser Reichtum auch in unserem Interesse eingesetzt wird. Deshalb müssen die öffentlichen Gelder vor allem für die Schaffung von Arbeitsplätzen und zur Finanzierung von Projekten im sozialen Bereich verwendet werden.

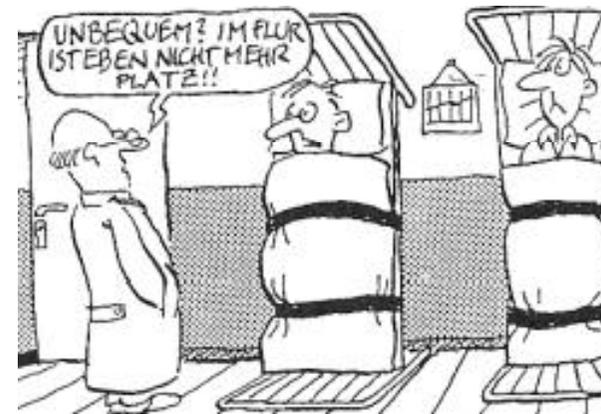
- ★ Schaffung qualifizierter, tariflich bezahlter Vollzeit-Arbeitsplätze durch ein öffentliches Investitionsprogramm in den Bereichen Bildung, Gesundheit, Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs und Umweltschutz
- ★ Rücknahme aller Kürzungen im Sozialbereich finanziert durch die Mittel aus dem Investitions-Sonder-Programm

Stoppt den Ausverkauf öffentlichen Eigentums

Mit der Behauptung, die Privaten seien effektiver, verkauft der Staat öffentliche Betriebe wie Post, Bahn und kommunale Energieversorger. Privatisierung ist Diebstahl an öffentlichem Eigentum. Denn es geht darum, die gewinnbringenden Teile des öffentlichen Eigentums an private Anteilseigner zu verkaufen, die dadurch ihr Kapital profitabel anlegen können. Der Aufbau der öffentlichen Unternehmen wurde aus Steuergeldern finanziert. Überschüsse gingen zurück an die öffentlichen Haushalte. Jetzt dürfen sich Aktionäre damit bereichern. Postämter wurden geschlossen und Bahnstrecken stillgelegt. Die Kosten für die arbeitslosen Post- und Bahnangestellten muss die Masse der Steuer- und Beitragszahler übernehmen.

Diktiert wird die Privatisierungswelle unter anderem vom GATS-Abkommen. GATS steht für „Allgemeines Abkommen zum Handel mit Dienstleistungen“, wird von der Welthandelsorganisation (WTO) verwaltet und schreibt die „Liberalisierung des Handels mit Dienstleistungen“ vor. Neben Telekommunikation und Versicherungen sind auch Bereiche wie Bildung und Gesundheit vom Ausverkauf betroffen.

Auch in Bremen droht die Privatisierung der vier Zentral-Krankenhäuser durch Umwandlung in privatrechtliche „gGmbH“s (gemeinnützige Gesell-



schaften mit beschränkter Haftung). GGmbHs sind der erste Schritt zum Verkauf an private Konzerne.

Für diese gGmbHs gelten die Regelungen des öffentlichen Dienstes nicht. Daher ist die Aufweichung des Kündigungsschutzes, der Ausstieg aus den Tarifvereinbarungen (vor allem BAT) und die Ein-

schränkung der Rechte der Personalvertretungen vorprogrammiert.

In einer privatrechtlichen Gesellschaft dürfen sich hochbezahlte Manager austoben und die Krankenhäuser in profitbringende Krankenfabriken verwandeln. Keine Station bleibt von der Unterwerfung der Krankenhauslandschaft unter die Kriterien von Wettbewerb, Konkurrenz und Marktwirtschaft verschont. Die Rechte der PatientInnen und Beschäftigten bleiben auf der Strecke.

- ★ Keine Privatisierung oder Budgetierung von öffentlichen Betrieben oder Ämtern
- ★ Keine Umwandlung der Bremer Zentralkrankenhäuser in gGmbHs
- ★ Kein Verkauf von öffentlichen Gebäuden, kein Einfluss der Wirtschaft im Sozialbereich
- ★ Keine Privatisierung von Bildungseinrichtungen, Verbot von Schulsponsoring
- ★ Rückverstaatlichung aller privatisierten Betriebe unter demokratischer Kontrolle und Verwaltung durch die arbeitende Bevölkerung
- ★ Statt überbezahlter und korrupter Manager und Bürokraten in Wirtschaft und Verwaltung: durchschnittlicher Facharbeiterlohn und jederzeitige Wähl- und Abwählbarkeit aller Personen in Leitungsfunktionen

Preiswerter Wohnraum für Alle

Wer heute eine Wohnung sucht, darf keine Kosten und Mühen scheuen: die eine Wohnung ist zu teuer, die nächste Wohnung ist in einem miserablen Zustand. Findet man endlich eine gute Wohnung, die bezahlbar ist, muss man mit zig anderen BewerberInnen konkurrieren. „Bezahlbar“ heißt, dass meistens 30-40% des Einkommens für die Miete ausgegeben werden müssen. Und dann verdienen sich Makler mit der Not der Wohnungssuchenden auch noch eine goldene Nase. Dabei sollten Wohnungen zum Wohnen da sein und nicht um damit Geschäfte zu machen und zu spekulieren.

Der öffentliche Wohnungsbau wurde in den letzten 20 Jahren drastisch zurückgefahren und der Bestand an Sozialwohnungen geht in allen Städten deutlich zurück. Kommunale Wohnungsgesellschaften werden privatisiert oder teilprivatisiert, wie z.B. die GEWOBA in Bremen.

- ★ Kostenlose kommunale Wohnungsvermittlung, Verbot von Maklertätigkeit
- ★ Senkung der Mieten auf 20% des Nettoeinkommens
- ★ Für ein öffentliches Wohnungsbauprogramm zur Schaffung von gutem und preiswertem Wohnraum für alle

Bildung ist keine Ware - gute und kostenlose Bildung für alle!

Alle die zur Schule gehen, kennen es: alte Bücher, große Klassen, marode Schulgebäude – an allen Ecken und Enden fehlt Geld.

Während sich der Staat immer weiter aus seiner Verantwortung für die Bildung zurückzieht, gewinnen große Konzerne in Schulen, Unis und Freizeiteinrichtungen immer mehr Einfluss. Um Daimler-Chrysler einen Gefallen zu tun wurde z.B. an der Bremer Uni extra der Studiengang Produktionstechnik entworfen, dessen Lehrplan nach den Bedürfnissen der Konzerns ausgerichtet wurde. Die Durchfall-Quote in dem Studienfach ist extrem hoch. Wer den Hammer-Studiengang schafft, ist als perfekt angepasstes „Humankapital“ für Daimler zu verwerten, die anderen haben Pech gehabt.

Mit dem GATS- Abkommen (Allgemeines Abkommen zum Handel mit Dienstleistungen) wurden 1994 die Grundlagen für die Privatisierung von öffentlichen Dienstleistungen geschaffen. Davon ist auch die Bildung betroffen. Neben dem bereits üblichen Schul sponsoring sollen ganze Schulen in die Hand von Konzernen kommen.

An der internationalen Privatuni „IUB“ in Grohn, die 15.000 Euro Studiengebühren pro Jahr verlangt, entscheiden unter anderem Konzernmanager, z.B. von der Telekom, wer aufgenommen wird und wie der Lehrplan aussieht.

Nicht nur die äußeren Bedingungen, sondern auch der Unterricht selbst ist schlecht. Mit Frontalunterricht, strikt getrenntem Fachunterricht im 45-Minuten Takt und immer weniger Wahlmöglichkeiten auch im Studium, werden die SchülerInnen und StudentInnen zur Unselbständigkeit erzogen. Die meisten von uns sollen sich später im Beruf nach den Vorgaben anderer

In den USA gibt es Schulbücher, die von privaten Konzernen herausgegeben werden, z.B. das „Decision Earth“ Umweltbuch von dem Windelhersteller „Procter & Gamble“. Diese Buch erläutert u.a. die angeblichen ökologischen Vorzüge der Wegwerfwindeln gegenüber Stoffwindeln.

Leute richten und als Fachidioten möglichst viel Leistung bringen, ohne zu viele Fragen zu stellen. Für die Mehrheit soll deshalb Billigbildung reichen. Durch verstärkten Leistungsdruck, das dreigliedrige Schulsystem und Zwischenprüfungen an der Uni wird dafür gesorgt, dass eine kleine Elite von künftigen ManagerInnen und SpitzenpolitikerInnen ausgesiebt wird, für die es die teure Luxusvariante gibt. Vor allem in Deutschland spielt, wie PISA gezeigt hat, die soziale Herkunft beim Zugang zu Bildung eine sehr große Rolle.

Ausbildung und Übernahme für Alle!

Wenn wir dann endlich mit der Schule fertig sind, wird auch nichts besser. Immer weniger Unternehmen wollen Geld in die Ausbildung stecken. Im Juli 2002 gab es für 208.900 BewerberInnen noch ganze 96.200 freie Ausbildungsplätze. Die Zahl der Ausbildungsplätze hat sich seit 2001 um 7% verringert. Die Situation an den Berufsschulen ist noch schlechter, als die an den allgemeinbildenden Schulen. Nicht einmal, wer einen Ausbildungsplatz bekommen hat, ist aus dem Schneider. Vor allem kleine Unternehmen nutzen Azubis als billige Arbeitskräfte, aber bieten später keine Chance auf Übernahme

Jugend- und Sozialbereich: Rettet die Freizis!

Auch die Situation im Jugend- und Sozialbereich wird immer schwieriger. Die Freizis müssen um jede Stelle kämpfen. Einrichtungen werden geschlossen, weil die BetreuerInnen nicht mehr finanziert werden. Ständig wechselnde SozialarbeiterInnen machen eine verlässliche Jugendarbeit unmöglich. Als beim Freizeitheim Friesenstraße eine Stelle gestrichen werden sollte, was das Aus für die Einrichtung bedeutet hätte, haben wir gemeinsam mit den NutzerInnen durch Aktionen bei PolitikerInnen und der Besetzung des Freizeitheimes zumindest eine 3/4-Stelle und somit das Fortbestehen der Frieze gerettet.



- ★ Für eine Begrenzung der Klassengröße auf höchstens 15 SchülerInnen, sofortige Einstellung der dazu erforderlichen LehrerInnen
- ★ Einführung der integrierten Gesamtschule als Regelschule
- ★ Nein zu Studiengebühren!
- ★ Stoppt die Privatisierung von Bildung - Unternehmen raus aus Schulen und Unis!
- ★ Garantierte, unbefristete Übernahme im erlernten Beruf! Wer nicht ausbildet soll zahlen!
- ★ Gestaltung der Lehrinhalte durch demokratische Komitees von Lernenden, Lehrenden und GewerkschaftsvertreterInnen!
- ★ Erhalt aller Freizis, kostenlose Proberäume für Bands in allen Stadtteilen.
- ★ Stoppt die Kriminalisierung von Jugendkultur, Bereitstellung legaler Graffitiflächen, Abschaffung der Graffiti-SoKos.
- ★ Für eine elternunabhängige Grundsicherung von 750 Euro monatlich für alle ab 16!

Rassismus und Faschismus bekämpfen

In vielen Ländern Europas sind rechtspopulistische Parteien an der Regierung beteiligt. Einher mit der Diskriminierung von Minderheiten geht der massive Sozialabbau zugunsten der Reichen, der von diesen Parteien praktiziert wird. Aber es regt sich Widerstand. In Italien gab es vergangenes Jahr zwei Generalstreiks gegen Sozialabbaupläne der Berlusconi-Regierung. In Hamburg wurde aus den Protesten gegen die Räumung des Bauwagenplatzes Bambule eine breite Bewegung gegen die Kürzungspläne des Hamburger Senats, in dem die rechtspopulistische Schill-Partei vertreten ist.

Neben der Schill Partei (PRO) werden in Bremen auch die Deutsche Volks Union (DVU) sowie die Deutsche Partei (DP) zur Bürgerschaftswahl antreten.

Seit einiger Zeit versucht die NPD vor allem mit ihrer Jugendorganisation JN in Bremen Fuß zu fassen. Sie bedrohen MigrantInnen, Linke und anders Denkende. Um ihre rassistische und faschistische Propaganda zu stoppen darf ihnen kein öffentlicher Raum und Platz zur Verfügung gestellt werden. Von Gewerkschaften, linken Organisationen und MigrantInnen muss Gegenwehr organisiert werden, um Nazi Aktivitäten zu verhindern.

Hinter den angeblich sozialen Forderungen rassistischer und faschistischer Parteien verbirgt sich Spaltungspolitik. Sie wollen uns weis machen, dass „Ausländer“ deutschen ArbeitnehmerInnen die Arbeit wegnehmen würden. So wird von den wahren Schuldigen abgelenkt. Dies sind die Leute in den Chefetagen der großen Konzerne und Unternehmen, die durch Arbeitsplatzabbau ihre Profite sichern. Die gesellschaftlichen Grenzen verlaufen nicht zwischen MigrantInnen und Deutschen, sondern zwischen der arbeitenden Bevölkerung und den Reichen und Superreichen.



Der Nährboden für Nazis und Rechtspopulisten wird durch staatlichen Rassismus geschaffen. Allein in Bremen gab es im Jahr 2001 über 400 Abschiebungen. Durch das Schengener Abkommen wird Europa zur Festung gemacht.

Das geplante „Zuwanderungsgesetz“ der Bundesregierung ist purer Ras-

sismus. Menschen werden in „gute Ausländer“ und „schlechte Ausländer“ aufgeteilt. Wer eine gute Fachausbildung hat soll einreisen dürfen. Wer aber vor Kriegen flieht, diskriminiert und verfolgt wird oder in absoluter Armut lebt, soll „draußen bleiben“.

- ★ Gegen staatlichen Rassismus- weg mit den Ausländergesetzen! Bleiberecht für Alle!
- ★ Keine Abschiebungen. Nein zur Festung Europa!
- ★ Keine öffentlichen Räume und Plätze für faschistische Organisationen!
- ★ Mobilisierung zur Verhinderung aller Nazi Aktivitäten durch Gewerkschaften, ImmigrantInnen- und linken Organisationen und Aufbau eines effektiven Selbstschutzes!

Nulltarif im öffentlichen Nahverkehr

Bus- und Bahnfahrten wird immer teurer. Eine Monatskarte kostet in Bremen mittlerweile 36 Euro. Mehr Busse und Bahnen fahren dadurch nicht. Gleichzeitig verstopft der Autoverkehr die Städte und schadet der Umwelt und unserer Gesundheit. Die Gesellschaft muss für Folgekosten wie Straßenbau, Kosten im Gesundheitswesen durch Unfälle sowie Umweltschäden bezahlen. All das bezahlen wir mit unseren Steuergeldern und Sozialversicherungsbeiträgen, während Auto- und Mineralölkonzerne ihre Profite einstreichen können. Die Folgekosten des Autoverkehrs betragen ein Vielfaches von dem, was für die Finanzierung des Nulltarifs und des Ausbaus des öffentlichen Nahverkehrs benötigt würde.

- ★ Ausbau des Bus- und Bahnverkehrs, Erhöhung der Taktzeiten
- ★ Rücknahme aller Privatisierungen im Bereich Bus und Bahn
- ★ Frauen-Nachttaxis zum BSAG-Tarif
- ★ Nulltarif in Bus und Bahn, finanziert durch die Gewinne der Automobilindustrie
- ★ Überführung der Automobilindustrie in öffentliches Eigentum und Umstellung der Produktion auf umweltfreundliche Produkte unter demokratischer Kontrolle der Beschäftigten

Wer soll das bezahlen?

“Das ist ja schön und gut - aber wie wollt ihr das überhaupt alles bezahlen?” Diese oder ähnliche Fragen werden uns unter Hinweis auf leere Kassen immer wieder gestellt.

Unsere Antwort lautet: Die öffentlichen Kassen sind nicht zufällig leer, sie wurden und werden systematisch geplündert. Zwischen 1980 und 1998 wurden die Unternehmenssteuern so weit abgesenkt, dass dem Staat 100 Milliarden Euro weniger Einnahmen zur Verfügung standen. Aber das war anscheinend noch nicht genug. Die rot/grüne Bundesregierung hat Vermögenssteuer und Körperschaftssteuer nach und nach abgeschafft.

Der Bremer Senat hat einen Schuldenberg von über 8 Milliarden Euro aufgehäuft. Trotzdem scheint noch genug Geld für teure Prestigeprojekte übrig zu sein, wie zum Beispiel für den Spacepark, die Rennbahn, die Sögestraße oder die internationale Privatuni in Grohn.

Wenn es um soziale Fragen geht, wird dagegen drastisch eingespart. Durch Kürzungen im Sozialbereich, Arbeitsplatzabbau und Privatisierung sollen die Finanzlöcher gestopft werden. Diese Versuche sind zum Scheitern verurteilt und bauen die Verschuldung nicht wirklich ab. Durch die Privatisierung rentabler Dienstleistungen zu Spottpreisen gehen dem Staat und den Ländern langfristige Einnahmequellen verloren. Der Arbeitsplatzabbau im Öffentlichen Dienst führt zu höherer Arbeitslosigkeit und damit niedrigeren Steuereinnahmen und höheren Sozialausgaben.

Für einen bedarfsorientierten Haushalt

Die Kommunen selbst können die Probleme nicht lösen. Für eine wirkliche Umverteilung ist ein neues Steuersystem nötig, das die besteuert, die auch viel verdienen. Voraussetzung hierfür wäre die Abschaffung der sogenannten Massenverbrauchssteuern (Mehrwertsteuer, Ökosteuern,...) und Ersetzung durch ein einfaches und klares System von direkten Steuern auf Einkommen, Gewinne und Vermögen mit stark steigenden Steuern bei hohem Einkommen.

Bremen zahlt jedes Jahr 500 Mio. Euro Zinsen für seine Schulden, davon den Großteil an Privatbanken. Geld, das zum Bau von Sozialwohnungen oder zur Schaffung von Arbeitsplätzen im sozialen und Bildungsbereich genutzt werden könnte. Diese Plünderung der Bremischen Kassen durch die Banken muß durch einen sofortigen Stopp der Zinszahlungen beendet werden.

In den letzten Jahren wurden auf Bundes- und Landesebene Gesetze beschlossen, die es verbieten, mehr Geld auszugeben, als nach den

Steuervergünstigungen für die Reichen noch in den öffentlichen Kassen ist. Diese Gesetze müssen abgeschafft werden. Die SAV steht für die Aufstellung eines Landeshaushaltes, die an den realen Bedürfnissen der Menschen orientiert ist. Wenn die Bundesregierung nicht in der Lage ist, Steuergesetze zu beschließen, mit denen durch Umverteilung von oben nach unten ein solcher Haushalt finanziert werden kann, dann müssen wir sie eben durch Druck auf der Straße und Streiks dazu zwingen, den Fehlbetrag aus Bundesmitteln auszugleichen.

- ★ Schluß mit den Sparhaushalten und Rücknahme aller Steuererleichterungen für Reiche und Unternehmen
- ★ Stopp aller Prestigebauten wie Space-Park und Galopprennbahn
- ★ Sofortige Einstellung der Zinszahlungen an die Banken
- ★ Mobilisierung der Bevölkerung im Kampf um eine ausreichende Finanzausstattung durch Land und Bund

Was bringen Wahlen?

In den letzten 20 Jahren haben wir in Bremen fast jede Koalition erlebt. Das rot-gelb-schwarz-grüne Allerlei hat uns nur Sozialabbau, Privatisierung, Arbeitsplatzvernichtung und einen Schuldenberg gebracht. Wozu also überhaupt noch wählen?

Was bringt es, alle fünf Jahre ein Kreuzchen zu machen, wenn wir auf diesem Weg ohnehin nichts ändern können?

Die wirklichen Kämpfe für Verbesserungen finden auf der Straße und in den Betrieben statt. Wir sehen es als unsere Aufgabe an, diese Kämpfe vor Ort zu unterstützen. Wir würden, wenn wir ins Parlament gewählt würden, diese Kämpfe dort vertreten, um eine breitere Öffentlichkeit dafür zu gewinnen. Wir glauben nicht, dass man durch das Parlament selbst etwas verändern kann. Aber man kann es nutzen als Bühne für außerparlamentarische Kämpfe.

Politiker aller Parteien zocken ab. Ein Bürgerschaftsabgeordneter in Bremen bekommt für einen Halbtagsjob 2.600 Euro im Monat. Wir sind der Meinung, dass Politiker, die die Interessen der ArbeitnehmerInnen vertreten, nicht mehr verdienen dürfen, als einen durchschnittlichen Facharbeiterlohn. Alle unsere KandidatInnen haben sich verpflichtet, wenn sie gewählt werden, dies umzusetzen und den Restbetrag für Kämpfe und soziale Bewegungen zu spenden.

Neue Arbeiterpartei aufbauen!

Unser Verhältnis zu anderen Parteien

Zu bestimmten Parteien haben wir gar kein Verhältnis. Die Schill-Partei, die DVU, die NPD und andere rechtsextreme Parteien bekämpfen wir aktiv. CDU und FDP vertreten die Interessen der Großunternehmer, der Banken und der Reichen in dieser Gesellschaft. Wir lehnen jegliche Zusammenarbeit mit ihnen ab.

SPD und Grüne haben in der Vergangenheit gezeigt, dass sie auch eine Politik betreiben, die den Interessen von ArbeitnehmerInnen, Jugendlichen und Arbeitslosen entgegensteht. Zum Beispiel haben sie die Vermögens- und Körperschaftssteuer abgeschafft und wollen den Kündigungsschutz lockern.

Die PDS in Bremen bemüht sich um linke Politik. In Bündnissen und bei Aktionen arbeiten wir deshalb mit ihr zusammen. Als wir bei dieser Wahl den Vorschlag gemacht haben, ein Wahlbündnis aller Linken zu gründen, ging die PDS darauf aber nicht ein (Aufruf siehe www.sozialismus.info/bremen). Bundesweit steht die PDS zwischen Anbiederung an Rot-Grün und der Entwicklung zur reinen Ostpartei. Wo sie wie in Berlin und Mecklenburg-Vorpommern an der Regierung beteiligt ist, trägt sie Sparpolitik und Sozialabbau mit.

Wir brauchen eine neue Arbeiterpartei

Heute haben ArbeitnehmerInnen, Arbeitslose, Jugendliche und Rentner keine große Partei, die ihre Interessen vertritt, weder in Bremen noch anderswo. Statt auf die PolitikerInnen der etablierten Parteien zu hoffen, müssen wir selbst aktiv werden und unsere Interessen in die eigene Hand nehmen. Die arbeitenden Menschen produzieren den Reichtum dieser Welt. Sie haben auch die Macht, eine gerechte Verteilung dieses Reichtums zu erkämpfen. Wir brauchen eine neue Arbeiter- und Arbeiterinnenpartei, die soziale Kämpfe organisiert und für wirkliche Verbesserungen kämpft. Die SAV unterstützt alle Initiativen, die diesem Ziel dienen. Auch unsere Kandidatur soll ein Anstoß in diese Richtung bilden.

Für kämpferische und demokratische Gewerkschaften

Die Gewerkschaften sind die potentiell mächtigste Kraft in der Gesellschaft. Keine Regierung könnte gegen die geballte Kraft der ArbeitnehmerInnen in den Gewerkschaften regieren. Diese Kraft wird jedoch nicht eingesetzt. Die Verantwortung dafür trägt die Gewerkschaftsführung. Sie macht faule

Kompromisse mit den Unternehmern, statt konsequent die Interessen ihrer Mitglieder zu vertreten. Wegen ihrer privilegierten Stellung und ihrer Spitzengehälter sind die Gewerkschaftsfunktionäre völlig abgehoben von den Lebensverhältnissen und Interessen der einfachen Mitglieder.

Die SAV kämpft dafür, die Gewerkschaften wieder zu demokratischen Kampforganisationen der ArbeitnehmerInnen zu machen. Deshalb sind alle SAV-Mitglieder, die arbeiten (bzw. arbeitslos sind), auch GewerkschafterInnen. Wir unterstützen in Bremen und bundesweit das „Netzwerk für eine kämpferische und demokratische ver.di“, in dem sich kritische Kolleginnen und Kollegen zusammen geschlossen haben. Als Abgeordnete würden wir mit GewerkschafterInnen aus den Bremer Betrieben zusammen-arbeiten und sie ermutigen, die Gewerkschaftsführung zu mehr Kampfbereitschaft zu drängen.



Eine sozialistische Welt ist nötig

Wir kämpfen hier und heute gegen jede Verschlechterung und für jede mögliche Verbesserung. Dieser tägliche Kampf muss aber verbunden werden mit dem Kampf für eine grundlegende sozialistische Veränderung der Gesellschaft.

Eine andere Gesellschaft müsste mit Profitproduktion und Marktkonkurrenz Schluss machen, wenn sie die drängenden Probleme der Menschheit lösen will. Dazu müssten Wissenschaft und Technik planmäßig und den Bedürfnissen von Mensch und Umwelt entsprechend eingesetzt werden. Das ist nur möglich, wenn die Wirtschaft von der Mehrheit der Bevölkerung kontrolliert wird. Kontrollieren kann man nur, was einem auch gehört. Deshalb tritt die SAV für die Überführung von Banken und Konzernen in Gemeineigentum bei demokratischer Kontrolle und Verwaltung durch die arbeitende Bevölkerung ein. Ein demokratisch aufgestellter Wirtschaftsplan könnte die enormen Ressourcen und das große wissenschaftliche Potenzial im Interesse der gesamten Menschheit nutzen.

Sozialismus braucht Demokratie. In der DDR und den anderen stalinistischen Staaten ist nicht der Sozialismus gescheitert, sondern bürokratische Diktaturen der privilegierten Parteibürokratie.

- ★ Überführung der Banken, Konzerne und Versicherungen in Gemeineigentum
- ★ Demokratische Kontrolle und Verwaltung durch die arbeitende Bevölkerung
- ★ Statt überbezahlter und korrupter Manager und Bürokraten in Wirtschaft und Verwaltung: durchschnittlicher Facharbeiterlohn und jederzeitige Wähl- und Abwählbarkeit aller Personen in Leitungsfunktionen
- ★ Statt Produktion für den Profit - Planung der Produktion nach den Bedürfnissen von Mensch und Natur

Stell dir vor...

Daimler und alle anderen Großkonzerne sind enteignet. An der Spitze stehen demokratisch gewählte Vertretungen der Belegschaften. In Bremen ist kein Mensch mehr arbeitslos. Die Arbeit wurde auf alle verteilt. Frauen und Männer sind gleichberechtigt. Hausarbeit und Kindererziehung wird von der gesamten Gesellschaft geleistet: In jedem Häuserblock gibt es kostenlose öffentliche Restaurants und Wäschereien, alle Kinder können in den Hort oder Kindergarten gehen, so dass alle Frauen den Beruf ausüben können, den sie sich wünschen. Das Park-Hotel ist ein Studentenwohnheim, Eliteschulen sind abgeschafft. In Blumenthal und Walle traut sich kein Nazi mehr auf die Straße - falls es überhaupt noch welche geben sollte. Der Spacepark ist ein Jugendfreizeitheim und die Rennbahn ein Sportplatz. Die neuen leisen Bahnen der BSAG gibt's zum Nulltarif und im Minutentakt. Das Rathaus wird ein Museum für Standortlogik und Größenwahn.

“Es besteht kein Grund zu glauben, dass die Gier nach mehr Reichtum ein permanentes menschliches Merkmal ist. Wenn eine Ware nicht knapp ist, versucht niemand, sich mehr anzueignen, als ihm zusteht. Der Millionär und der Bettler begnügen sich beide mit genau so viel Luft, wie sie atmen können.” George Orwell, britischer Sozialist, 1944



“Statt Millionen für Waffen ausgeben - Kürzungen im Jugend- und Sozialbereich stoppen.”

Hendrik Jäger, 19 Jahre,
Schüler aus Horn



“Um den Krieg zu stoppen müssen wir an Schulen, Unis und in den Betrieben die Anti-Kriegs-Bewegung aufbauen.”

Feliza Schöne, 18 Jahre, Schülerin,
östl. Vorstadt



“Wir brauchen eine neue politische Kraft, die die Interessen von ArbeiterInnen und Jugendlichen konsequent vertritt.”

Jens Fertsch, 36 Jahre, Schlosser
aus der Neustadt



“Wir müssen für eine Gesellschaft kämpfen, in der nicht für die Profite der Unternehmer, sondern für die Bedürfnisse aller Menschen gewirtschaftet wird.”

Vivien Mast, 20 Jahre, Studentin
aus dem Viertel

SAV

**Sozialistische
Alternative**

